

Der Internationale Frauentag wird Feiertag in Bremen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 14. April 2009

(Drucksache 17/757)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau

Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Präsident,
meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Einen besseren Übergang zu diesem Antrag

konnte ich mir gar nicht wünschen, denn der Antrag

ist ein Teil dessen, was vorher diskutiert wurde. Der

8. März ist Weltfrauentag oder Internationaler Frauentag.

Diesen Tag zum Feiertag zu erklären, hat mehr

als hohe symbolische Bedeutung. Er ist auch Mahnung

für noch nicht erreichte Gleichstellung.

Der Internationale Frauentag ist der Tag, an dem

Frauen seit fast 100 Jahren weltweit ihr Recht auf

Gleichberechtigung einfordern. Er ist das Sinnbild der

Anmahnung von Frauenrechten und Ermutigung zum

solidarischen Handeln zugleich, Ermutigung zur Gegenwehr

gegen Gewalt, häusliche Gewalt, sexuelle

Belästigung und Vergewaltigung. Frauen mahnen an,

dass ihnen immer noch die gleichberechtigte Teilhabe

an der Gesellschaft verwehrt wird, denn Geschlecht

ist ein sozialer Platzanweiser, der Frauen und Männern

ihren Ort in der Gesellschaft, ihren Status, ihre

Lebenschancen zuweist. Dieser Ort ist für Frauen enger

als für Männer. Obwohl Frauen die besseren Schulabschlüsse

haben, bekommen sie im Schnitt 23 Prozent

weniger Geld, in Bremen sogar 26 Prozent, wir nannten es eben. Sie führen weniger Betriebe, leiten weniger Redaktionen, besetzen weniger Professuren, sie sind in der Politik unterrepräsentiert und wirken dadurch weniger an Gesetzen mit. Das hat gravierende Auswirkungen für Frauen. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe durch alle politischen Bereiche.

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation mit hoher Erwerbslosigkeit wird deutlich, dass wieder auf die tradierten Rollenbilder zurückgegriffen wird, und zwar auf den männlichen Familiernährer mit der abhängigen Hausfrau, die eigenständige Existenzsicherung wird Frauen zunehmend aberkannt. Frauen vorbehalten sind die Minijobs, also sozialversicherungsfreie berufliche Tätigkeit, vorwiegend in haushalts- und pflegenahen Jobs. Die sogenannte stille Reserve soll nach dieser Vorstellung in Schulen, Kindergärten, Haushalten und Seniorenheimen primär eingesetzt werden. Das geht einher mit der Zunahme des Ehrenamtes. Langzeitarbeitslosigkeit betrifft Frauen stärker. Dazu kommt, dass weibliche Altersarmut durch Hartz IV und Bedarfsgemeinschaften gesetzlich vorprogrammiert ist.

In gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Krisenzeiten sind die Frauen die Hauptleidtragenden, das lehrt uns die Geschichte. Eine der großen verpassten Chancen der Frauen waren die Zeiten nach 1945. Die Frauen hatten zuvor zusätzlich die Aufgaben der Männer übernommen. Als diese aus dem Krieg zurückkamen, ließen sich die Frauen aus Liebe, Fürsorge und gelerntem Rollenverständnis wieder

aus dem öffentlichen Leben drängen. Es stimmt, die Geduld der Frauen ist die Stärke der Männer.

Die Geschichte des Frauentages, die Errungenschaften der Frauenbewegung und die Leistungen vieler deutscher, auch Bremer Frauenrechtlerinnen wie zum Beispiel Auguste Kirchhoff, Agnes Heineken, Anna Stiegler, Käthe Popal verdienen es, durch einen Feiertag gewürdigt zu werden, unsere Mütter, Großmütter und Urgroßmütter, aber auch die Frauen, die hier mitten unter uns sind, die sich manchmal nach frustrierenden Diskussionen und erstaunlichen Ergebnissen immer wieder aufs Neue weiter aufmachen, um die Gleichberechtigung nicht nur de jure, sondern de facto umzusetzen.

Als historische Wurzeln für die Entstehung des 8. März gelten die Proteste New Yorker Arbeiterinnen, die erstmals 1857 auf die Straße gingen und gegen

3176 Bremische Bürgerschaft (Landtag) – 17. Wahlperiode – 42. Sitzung am 29. 04. 09

(A) (C)

(B) (D)

unmenschliche Arbeitsbedingungen und für gleichen Lohn demonstrierten. 50 Jahre später, am 8. März 1908, traten Tabak- und Textilarbeiterinnen in den Streik und protestierten für bessere Arbeitsbedingungen, für ein Frauenwahlrecht, deren 90. Geburtstag wir im letzten Jahr im November gefeiert haben, für kürzere Arbeitszeiten und für höhere Löhne. Unsere Forderungen und ihre Forderungen: Worin liegt der große Unterschied?

Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin brachte auf der zweiten Internationalen Frauenkonferenz 1910 den Antrag ein, einen Internationalen Frauentag ins

Leben zu rufen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Am 8. März 1917 streikten in St. Petersburg

Textilarbeiterinnen. In Erinnerung dazu setzte 1921

die zweite Internationale Konferenz den 8. März als

einheitliches Datum für den Internationalen Frauentag

ein. Seit 1975 wird der 8. März offiziell von der UNO

als Internationaler Frauentag gewürdigt.

Der Internationale Frauentag ist ein Tag der Menschenrechte.

Dort, wo die Grundrechte für Frauen und

Mädchen verwirklicht sind, geht es auch den Männern

und Jungen besser. Auch sie werden durch das

aktuelle Männerbild und zum Beispiel das Fehlen von

Männern in der Kindheit in ihrer Fähigkeit eingeengt.

Der Schlüssel für die Auflösung tradierter Rollen ist

die Gleichberechtigung der Frau. Gleichberechtigt

lebt die Gesellschaft friedlicher, fortschrittlicher und

freiheitlicher zusammen. Die Freie Hansestadt Bremen

setzt mit der Novellierung ihres Landesfeiertagsgesetzes

ein weltoffenes und emanzipatorisches Zeichen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit, wobei ich

aber bemerkt habe, dass Sie teilweise untereinander

sehr viel lebhaftere Gespräche geführt haben, als diesem

Thema zu lauschen! – Trotzdem danke ich Ihnen

für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort

die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Troedel hat es

schon gesagt, 1975 richteten die Vereinten Nationen

erstmals eine Feier zum 8. März aus, und ab 1977

wurde beschlossen, dass es anerkannt von den Vereinten

Nationen einen Internationalen Frauentag gibt.

In einigen Staaten der Welt, vor allem mit kommunistischem Hintergrund, ist der Internationale Frauentag auch ein gesetzlicher Feiertag, wie auch in der damaligen DDR.

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Das stimmt nicht!)

In Deutschland wird der Internationale Frauentag mit vielen Aktivitäten von den Frauenverbänden gefeiert.

Auch in der Bundesrepublik gibt es Bestrebungen, und das wird hier mit dem vorliegenden Antrag der Linksfraktion deutlich, den Internationalen Frauentag als Feiertag zu installieren. Es wurde in Hamburg ein ähnlicher Antrag 2009 in der Bürgerschaft eingereicht, und 2008 gab es einen entsprechenden Antrag von der Linksfraktion im Bundestag.

Die Entscheidung zugunsten einer Einführung als gesetzlicher Feiertag setzt aber eine gründliche Diskussion voraus, bei der unter anderem folgende zentrale Punkte zu diskutieren sind: Haben Feiertage ausschließlich Symbolcharakter? Löst ein Feiertag die gleichstellungspolitischen Probleme? Dass es in unserer Gesellschaft frauenpolitische Probleme gibt, und ich sage, in den letzten Jahren haben sich diese verstärkt, ist nicht zu übersehen. Die zunehmende Fokussierung auf Familienpolitik hat Stück für Stück die Frauenpolitik ins Abseits gedrängt. Ein Ausgleich von strukturellen Nachteilen für Frauen ist nach wie vor politisch unerlässlich und erforderlich.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Hilft hier die Einführung eines Feiertages, den wir

heute für Bremen beschließen sollen, die Probleme wirklich zu lösen beziehungsweise die Frauenpolitik gesellschaftlich an die Spitze zu bringen? Ich bin da etwas skeptisch. Schauen wir doch einmal auf Bremen! Der Internationale Frauentag wird toll organisiert, und es ist jedes Jahr ein großes Fest. Gefeierte und demonstriert wird aber hinter dicken Rathausmauern versteckt vor der Öffentlichkeit, gesehen werden immer wieder dieselben Gesichter. Hier geht die Aufforderung an uns alle, die frauenpolitisch aktiv sind, sich mit anderen Instrumenten der politischen Arbeit auseinanderzusetzen. Politische Inhalte gibt es genug. Frauenpolitik befindet sich in einer Umbruchphase, die von uns aktiv zu nutzen ist. Nehmen wir alle in diese Diskussion auf, die in verschiedenen Verbänden aktiv sind, und alle Punkte, zu denen auch die Forderung nach einem gesetzlichen Feiertag 8. März gehört. Wenn dann aus den Frauenverbänden heraus nicht nur in Bremen, sondern bundesweit die Forderung nach einem Feiertag erhoben wird, dann kann sich die Männerwelt, so bin ich mir sicher, dem kaum widersetzen.

(Beifall bei der SPD)

So reizvoll eine Zustimmung zu dem Antrag der Linksfraktion wäre, betrachte ich es aus heutiger Sicht dennoch als einen nicht auf ein tragfähiges Fundament begründeten Antrag, der der Sache im Moment eher Schaden als Nutzen zufügen wird. Insofern können wir dem Antrag heute nicht zustimmen.

– Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(A) (C)

(B) (D)

Bremische Bürgerschaft (Landtag) – 17. Wahlperiode – 42. Sitzung am 29. 04. 09 3177

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort

die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr
Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich
zuerst mit dem Punkt anfangen, bei dem wir eine hohe
Übereinstimmung haben, ich denke sogar, eine hundertprozentige
Übereinstimmung, nämlich dass der

Internationale Frauentag, den Frauen mühsam erkämpft
haben, auch heute noch ein sehr wichtiger Tag ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Der 8. März ist der Tag, an dem Frauen weltweit
ihr Recht auf Gleichberechtigung einfordern. Auch
wenn für viele die sogenannte gefühlte Gleichberechtigung
schon erreicht ist – manchmal hört man diese
Stimmen auch in diesem Haus, wenn wir über Frauenförderung
reden –, ist die Realität eine andere. Alle
Berichte und Untersuchungen zeigen deutlich auf,
dass wir vom Ziel der tatsächlichen Gleichberechtigung
von Frauen und Männern noch weit entfernt
sind. Auch das Tempo, mit dem Maßnahmen zur
Gleichstellung ergriffen werden, ist verlangsamt worden.
Hier ist leider der Dampf vom Kessel genommen
worden.

Dies wurde wieder deutlich, als der letzte Staatenbericht
zum Übereinkommen der Vereinten Nationen
zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der
Frau herausgekommen ist. Es gab 25 Beanstandungen,
besonders in den Bereichen Frauen auf dem Arbeitsmarkt,

Frauen in Führungspositionen, die fehlende Repräsentanz der Frauen dort, die Lohndiskriminierung, darüber haben wir gerade geredet. Es ist inzwischen auch schon 30 Jahre her, dass diese Berichte erstellt wurden. Europa hat uns schon oft die rote Karte gezeigt und die rote Laterne übergehen, aber die Bundesregierung bewegt sich sehr langsam, das ist eigentlich schade.

In den letzten Jahren ist viel passiert, das gebe ich auch zu, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das erkennen wir auch an, das sind wichtige Rahmenbedingungen für Frauen. Allerdings möchte ich es nicht unter Frauenpolitik verbuchen; das gehört ins Buch Familienpolitik, denn die Vereinbarkeit ist eine gesellschaftliche Aufgabe, und ich denke, das müssen wir auch gesellschaftlich denken, da müssen wir hin, das ist nicht allein Frauenpolitik!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Für uns Grüne sind die eigenständige Existenzsicherung für Frauen und die individualisierten An-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

sprüche in den sozialen Sicherungssystemen wichtige frauenpolitische Ziele.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Rolle der Hinzuverdienerin und Ansprüche, die an den Ehepartner gekoppelt sind, wollen wir endlich hinter uns lassen. Deshalb sind die Forderungen nach gleichberechtigter Teilhabe und Gleichstellung auf allen Ebenen immer noch aktuell, und deshalb ist der Frauentag auch noch immer aktuell.

Jetzt zu dem Antrag! Soll der Internationale Frauentag in Bremen ein Feiertag werden? Wir sagen Nein! Das ist nicht nur die Meinung meiner Fraktion, das ist auch meine persönliche Meinung. Ich möchte Ihnen kurz erläutern, warum. Sie schreiben selbst in Ihrem Antrag, es wäre von hoher symbolischer Bedeutung, den 8. März zum Feiertag zu machen. Gerade bei dem Thema Gleichstellung brauchen wir aber keine Symbolpolitik mehr, wir brauchen Maßnahmen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Hier müssen gesetzliche Regelungen her: Gleichstellung in der Privatwirtschaft, darüber haben wir eben auch schon gesprochen, Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, Quote für die Aufsichtsräte, das haben Sie leider auf Bundesebene abgelehnt! Als wir die 40-prozentige Quote für Aufsichtsräte gefordert haben, haben DIE LINKE und natürlich auch andere leider dagegengestimmt, das fand ich sehr bedauerlich. Ich finde, eine Monokultur ist auf dem Acker nicht gut, und sie ist auch für Aufsichtsräte nicht gut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem finde ich es auch nicht richtig, für Bremen eine Sonderregelung zu schaffen. Mir ist bekannt, dass DIE LINKE diesen Antrag auch auf Bundesebene gestellt hat, das hat Frau Arnold-Cramer auch gerade erwähnt.

Liebe Frau Troedel, jetzt drehen Sie die Sache ein bisschen andersherum und argumentieren in Ihrem Antrag, Bremen könne dann für Frauen zur attraktivsten Stadt Deutschlands werden. Sie treten damit ein bisschen in Konkurrenz zu der Hamburger Kollegin,

die Hamburg zur attraktivsten Stadt werden
lassen wollte, aber gut, der Antrag ist abgelehnt, von
daher ist es keine Konkurrenz mehr. Sie hat sogar
argumentiert – und das fand ich sehr bemerkenswert
–, die Werbewirkung für die Stadt Hamburg mit Frauenfestivals
würde Heerscharen von Touristinnen anziehen.

Das war meiner Meinung nach eine sehr seltsame
Argumentation, den Internationalen Frauentag
zum Feiertag zu machen. Ich fand es noch überlegenswerter,
dass sie argumentiert hat, die Politik
könne sich außerdem beliebt machen und etwas für
ihr Image tun. Wir sind dabei, konkrete Politik zu ma³¹⁷⁸

Bremische Bürgerschaft (Landtag) – 17. Wahlperiode – 42. Sitzung am 29. 04. 09

(A) (C)

(B) (D)

chen, die Frauen wirklich weiterhilft und nicht nur
etwas für das Image tut!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Wir haben hier in Bremen schon konkrete Projekte
gemacht, wir haben das Landesgleichstellungsgesetz
jetzt auch für die Gesellschaften geltend gemacht, wir
haben Gender-Budgeting-Pilotprojekte –

(Glocke)

ich komme sofort zum Ende –, wir werden das Chancengleichheitsprogramm
auflegen. Ich denke, das sind
gute Maßnahmen, um in Bremen zu zeigen, hier wird
Gleichstellung auch gelebt, hier soll Gleichstellung
gelebt werden und nicht nur Symbolpolitik. – Vielen
Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bei allem auch mir eigenen Engagement für die Gleichberechtigung der Frau – den Internationalen Frauentag im Land Bremen in eine Reihe mit gesetzlichen Feiertagen wie dem Neujahrstag, dem ersten und zweiten Weihnachtsfeiertag oder dem 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, zu stellen, erscheint uns als FDP-Fraktion kaum angemessen.

(Beifall bei der FDP)

Ihr Kollege, Herr Rupp, hat uns gestern etwas von der Relevanzschwelle erzählt, über die bestimmte Anträge kommen müssten. Ich glaube, das hier ist auch ein solcher Fall.

(Beifall bei der FDP)

Man muss sich insbesondere einmal die praktischen Rechtsfolgen Ihres Vorschlags vor Augen führen: Das Bremische Gesetz über die Sonn- und Feiertage schreibt vor, öffentlich bemerkbare Arbeiten, die die äußere Ruhe stören oder dem Wesen der Sonn- und Feiertage widersprechen, sind verboten. Ausgenommen werden neben unaufschiebbaren Arbeiten und dem Personen- und Güterverkehr großzügigerweise, ich zitiere, „nicht gewerbsmäßige leichte Betätigungen in Haus und Garten, es sei denn, dass durch sie eine unmittelbare Störung des Gottesdienstes eintritt“. Das ist am Frauentag nicht zu befürchten. Das Gesetz verbietet an den genannten Feiertagen in der Zeit von 7 Uhr bis 11 Uhr Veranstaltungen, die der Unterhaltung und dem Vergnügen dienen und bei denen ein

höheres Interesse der Kunst, der Wissenschaft oder der Volksbildung nicht vorliegt. Verboten sind ferner sportliche, turnerische und ähnliche Veranstaltungen gewerblicher Art am Volkstrauertag, am Totensonntag, von 4 Uhr bis 17 Uhr; am Karfreitag von 4 Uhr bis 4 Uhr des nächstfolgenden Tages gelten noch weitergehende Verbote.

Unabhängig von jeder symbolischen Bedeutung dieses Antrags für die Fraktion DIE LINKE erscheint es uns zumindest fraglich, ob das Verbot des Autowaschens, des Rasenmähens zwischen 7 Uhr und 11 Uhr oder der Öffnung von Videotheken vor 13 Uhr einen geeigneten Beitrag zur einer Verbesserung der Gleichberechtigung zu leisten vermag.

(Beifall bei der FDP – Abg. F r e h e [Bündnis 90/Die Grünen]: Da kann man auch den 1. Mai nehmen!)

Das Bremische Gesetz über die Sonn- und Feiertage stammt in seinen Ursprüngen vom 12. November 1954 und hat – das mag man einräumen – mit der gesellschaftlichen Realität des Jahres 2009 an vielen Stellen nur noch wenig zu tun. Ich habe an dieser Stelle meine Zweifel, ob sich die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE mit gleichem Engagement für andere Gedenktage einsetzen würden, zum Beispiel für den 17. Juni 1953, dem Tag des Volksaufstands in der damaligen DDR.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Kurzum: Der Vorschlag der LINKEN stellt aus unserer Sicht weder einen sinnvollen Beitrag im Hinblick auf ein zeitgemäßes Sonn- und Feiertagsrecht dar, noch vermag er einen Beitrag zur Entwicklung

einer geeigneten Erinnerungskultur zu leisten. Daher lehnt die FDP-Fraktion Ihren Antrag ab. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Motschmann.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die CDU lehnt den Antrag ab. Ich glaube, Frau Hoch hat es richtig formuliert, es hätte natürlich Symbolcharakter, aber im Interesse der Frauen – und da sind wir wieder ganz eng beieinander – brauchen wir keine Symbole, wir brauchen Taten und Fortschritte. Die Probleme, die wir heute angesprochen haben, sind nicht neu, sondern sehr alt. Manchmal werde ich ärgerlich, weil ich vor 30 Jahren mit der Politik angefangen habe, und da gab es die gleichen Themen wie heute: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wiedereinstieg und so weiter. Insofern wis(

A) (C)

(B) (D)

Bremische Bürgerschaft (Landtag) – 17. Wahlperiode – 42. Sitzung am 29. 04. 09 3179

sen wir alle, dass Politik das Bohren dicker Bretter ist, und daran wollen wir uns auch beteiligen.

Man muss nicht immer, Frau Schön, in jedem Punkt einer Meinung sein. Entscheidend ist erstens, dass wir die Probleme gemeinsam anpacken, aber wirklich auch anpacken und nicht nur benennen und uns in Appellation und Nichtstun verlieren, sondern wir müssen Schritt für Schritt weiterkommen. Das sind sehr schöne Worte, die Taten sind sehr viel schwerer, auch an der Stelle stimme ich Ihnen zu, Frau Senatorin

Rosenkötter, dass die Reden leichter sind als die Taten, aber sie müssen kommen. Die Tatsache, dass kommunistische Länder diesen Frauentag als Feiertag haben, hebt bei der CDU nicht gerade die Bereitschaft, diesen Tag als Feiertag einzusetzen. Im Übrigen haben die kommunistischen Länder auch gezeigt, dass ihre wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so sind, dass es den Frauen dort sehr viel besser ginge, das ist ja leider so.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Antwort auf die Krise, die uns im Moment alle beschäftigt und bedrückt, kann nicht sein, dass wir eine Vermehrung der Feiertage vornehmen, denn das ist für die Wirtschaft wohl eher schwierig. Wir können dankbar und froh sein, wenn wir die bestehenden Feiertage weiterhin erhalten. Die Wirtschaft kämpft, und wir fordern weitere Feiertage: Das ist nicht richtig! Die Akzeptanz dessen, wofür wir uns alle gemeinsam einsetzen, wächst nicht dadurch, dass der Internationale Frauentag ein Feiertag wird. Insofern bitte ich um Nachsicht und Verständnis, Frau Troedel, wenn wir Ihrem Vorschlag an dieser Stelle nicht folgen. Wir wollen die Themen weiterbearbeiten, wir wollen Taten sehen, aber nicht einen weiteren Feiertag.

– Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich fange einmal von hinten an: Das Bundesland Bayern hat weitaus mehr Feiertage als das Bundesland

Bremen, und ich glaube, der Wirtschaft geht
es ganz gut.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zur Vermehrung von Feiertagen, weil ich eigentlich
auch nicht die Feiertage in ihrer Wertigkeit
gegeneinander stellen möchte! Ich respektiere den
Feiertag A wie B und C, darüber lasse ich gern diskutieren.

Hier geht es um den 8. März als gesetzlichen
Feiertag, beginnend im Land Bremen. Wo, wenn
nicht im eigenen Bundesland beginnen?

Der zweite Punkt: Natürlich hat dieser Feiertag ein
Stück Symbolcharakter, aber – das muss mir einmal
jemand erklären – wo liegt der Widerspruch zwischen
Symbol und Maßnahmen? Verhindern Symbole Maßnahmen,
oder sind Maßnahmen, die politisch gefordert
und umgesetzt worden sind, nicht auch Symbole
vorausgegangen? Das zeigt ganz deutlich die Entstehungsgeschichte
des 8. März, von der ich Ihnen vorhin
ein Stück vorgetragen habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Der dritte Punkt: Wenn der Tag auch in den kommunistischen
Ländern ein Feiertag war und der Erfolg
zur Gleichstellung der Frau nicht dazu geführt
hat, dass es eine wirkliche und reale gegeben hat,
sollte es uns nicht daran hindern, unseren Feiertag
zu machen. Ich muss korrigierenderweise aber sagen,
dass es die Gewerkschaftsfrauen waren, die vor
circa zehn Jahren, als der 90. Geburtstag vom 8. März
in Sicht war, diesen Antrag zum ersten Mal auf der
Frauenkonferenz eingebracht haben. Im nächsten
Jahr feiern wir den 100. Geburtstag. Das wollte ich
noch korrigierenderweise zum politischen Tableau

sagen.

Eine politische Einschätzung: Als wir hier in Bremen das erste Mal den 8. März feiern wollten, war es noch eine Salonveranstaltung. Der DGB hat es uns verboten, er sagte, das ist kommunistisches Teufelszeug. Es wurde trotzdem gefeiert. Wir haben auch draußen demonstriert. Kommunistisches Teufelszeug! Diese Vokabeln fangen an, sich wieder einzuschleichen. Hier geht es doch darum, für die Frauen einen Feiertag, der mehr als Symbolcharakter hat, zu installieren, aber seien Sie sicher, die Diskussion, die darum und über die Ungleichbehandlung in der Entlohnung geführt wurde, ist für mich schon eine positive Diskussion! – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich saß nun schon länger dahinten und grübelte. Ich grübelte, weil es so ist, dass Käthe Popall eine gute Freundin meiner Pflegeeltern war, ich Käthe Popall persönlich sehr gut gekannt habe, und wenn Sie, Frau Troedel, Käthe Popall hier für DIE LINKE instrumentalisieren, dann ist mir nicht wohl dabei. Ich weiß nicht, wo die liebe Käthe heute politisch organisiert wäre, aber bin mir ziemlich sicher, dass sie nicht bei der LINKEN organisiert wäre. Ich weise insofern eine Instrumentalisierung eben jener Freundin meiner Pflegeeltern an dieser Stelle zurück! Käthe Popall war

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) (C)

(B) (D)

eine toughe Frau, die für ihre politische Überzeugung
sieben Jahre im KZ gesessen hat. Ich ehre sie sehr,
aber ich mag nicht haben, dass sie hier instrumentalisiert
wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der
SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren,

weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der
Drucksachen-Nummer 17/757 seine Zustimmung
geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
FDP und Abg. T i m k e [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den
Antrag ab.